

Keine Lust auf «Sprachpolizei»

Die SVP blitzt mit dem Vorstoss gegen das «Gender-Wirrwarr» im Kantonsrat ab.

Christof Ramser

Sogar der Solothurner Bildungsdirektor Remo Ankli (FDP) musste intervenieren. Ganze zwanzig Mal, so hat SVP-Kantonsrat Beat Künzli gezählt, wurde im Magazin der Kanti Olten der Gender-Doppelpunkt verwendet. Also jenes typografische Zeichen, mit dem Sprache geschlechtergerecht gestaltet werden soll, indem die männliche und die weibliche Form verwendet werden. Beispiel: Rektor Samuel Batzli begrüsst im Vorwort die «lieben Leser:innen».

Bloss sehen dies die sprachlichen Weisungen der Bundeskanzlei, an denen sich der Kanton Solothurn orientiert, nicht vor. Abgewichen werden darf davon einzig auf den verwaltungseigenen Kanälen der sozialen Medien. Dort darf der Gender-Doppelpunkt verwendet werden, «im Sinne eines Ausdruckschaftens neuer Sprachformen auf digitalen Kommunikationskanälen». Online, so versicherte Regierungsrat Ankli am Mittwoch im Kantonsrat, wurde die Kanti-Publikation inzwischen den Vorgaben entsprechend geändert, und sie werde sich auch künftig daran halten.

Wegen Einzelbeispielen «kein Büro aufmachen»

Entzündet hat die sprachpolitische Debatte ein Auftrag des Laupersdörfers Beat Künzli (SVP), der den «Gender-Wirrwarr» unterbinden will. Zusätzlich zur «Sprachverschönerung» durch den Kanti-Rektor



So wie diese Badmeisterin über die Einhaltung der Badeordnung wacht, soll der Solothurner Regierungsrat gemäss der SVP die korrekte Rechtschreibung durchsetzen.
Bild: Sandra Ardizzone

fand er weitere, von «linksfeministischen Kreisen erfundene» Beispiele im Staatsapparat, die dazu dienen, Jugendliche zu indoktrinieren: Eine Lehrerin habe ihm erzählt, dass sie den Schulkindern die Formulierung «Mitgliederinnen und Mitglieder» beibringe, in Unterlagen der kantonalen Anlaufstelle für Kinder- und Jugendfragen stiess er auf den Genderstern (Beispiel: Bürger*innen).

Diese Formulierung soll jene einschliessen, die sich ausgeschlossen fühlen. Laut Künzli nicht nötig, denn: «Es gibt nur Mann oder Frau, nichts anderes.»

So einfach sei das nicht, entgegnete Michael Ochsenbein (Mitte, Luterbach). Biologen hätten ihn darüber aufgeklärt, dass die Welt eben nicht binär sei, es neben männlich und weiblich auch Identitäten dazwischen gebe. «An diese Tatsache müssen wir uns gewöhnen.» Wie ein Grossteil des Parlaments erklärte er den Auftrag erheblich, um ihn gleichzeitig abzuschreiben.

Dies, weil die Sprachvorgaben in der Kantonsverwaltung und an Schulen gut befolgt würden, wie Simone Rusterholz (GLP, Biberist) sagte. Wegen einzelner Gegenbeispiele solle man

kein «Büro aufmachen»: Sprache solle nicht diskriminierend, aber grammatikalisch korrekt sein, drückte es Beat Späti (FDP, Bellach) aus. Wobei eine Mehrheit seiner Fraktion den Auftrag nicht abschreiben wollte.

Was in der Sprache richtig oder falsch ist, werde von all jenen gemeinsam ausgehandelt, die kommunizieren, sagte Sprachwissenschaftlerin Myriam Frey Schär (Grüne, Olten). «Sie entsteht von unten nach oben.» Entsprechend empfahl sie, den Leitfadens für gendergerechte Sprache für die Verwaltung zu erweitern, damit sich ein ein-

heitlicher Gebrauch herauskristallisiert. Orientierungshilfe statt Verbote, so die Devise.

FHNW pocht auf Autonomie

Ihr Fett ab bekam neben der Kanti Olten auch die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Sie lege im Gegensatz zur Volksschule und der Kantonsverwaltung eigene Sprachregelungen fest. So werde an der FHNW etwa der Genderstern verwendet – für Kanti-Lehrer Roberto Conti (SVP, Bettlach) «eine Frechheit». Immerhin zahle der Kanton jedes Jahr 40 Millionen Franken an die Institution. Sein eigener Arbeitgeber wenigstens halte sich an die Vorgaben. Kolleginnen und Kollegen jedoch würden auf internen Kommunikationskanälen davon abweichen. «Eine Abschreibung des Auftrags wäre deshalb eine Bankrotterklärung», fand Conti.

Anders sah es die SP: Müsste man die Einhaltung der Sprachvorgaben flächendeckend kontrollieren, wäre der Aufwand riesig, so Sprecherin Melina Aletti (Olten). Und auch Bildungsdirektor Ankli pochte auf die Hochschulautonomie und war der Meinung, dass er mit der FHNW, die als öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ein Recht auf Selbstverwaltung habe, dringendere Probleme zu diskutieren habe. Der PH-Neubau in Olten etwa oder den Lehrermangel. «Eine Sprachvorgabe im Leistungsauftrag zu definieren, wäre nicht richtig.»

Kantonsrat in Kürze

Zwei neue Oberrichterinnen

Wahlen Nicht weniger als fünf Wahlgänge waren für die Besetzung von zwei Oberrichterstellen für den Rest der Amtsperiode 2021 bis 2025 nötig. Als neue Oberrichterinnen gewählt wurden die Rechtsanwältin und Notarin Barbara Obrecht Steiner (sie schon im ersten Wahlgang) und Hanna Marti, Gerichtsschreiberin am Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen. (mou)

Kantonale Pensionskasse ist gut aufgestellt

Vorsorge Bei der Ausfinanzierung der Pensionskasse Kanton Solothurn (PKSO) sei man auf einem guten Weg. Dies stellte im Kantonsrat André Wyss (EVP, Rohr) im Namen der Finanzkommission fest. Per 2012 erfolgte der Wechsel auf die Vollkapitalisierung mit Übernahme des Fehlbetrags durch den Kanton. In den vergangenen vier Jahren konnte der Kanton die Restschuld von 293 auf 269 Millionen Franken senken. (cra)

Abschreibung für das Bildungsheim Balmberg

Buchhaltung Der Kantonsrat stimmt einer ausserordentlichen Abschreibung in der Höhe von 600 000 Franken für das Bildungsheim Balmberg zu. Dieses nutzt der Kanton als Flüchtlingsunterkunft. Zudem wird aus der Erfolgsrechnung zu Lasten des Hochbauamtes eine Einlage in den Adolf-Schläfli-Fonds in der Höhe von 600 000 Franken getätigt. Damit kann eine bisher fehlende Passivposition gebildet und ein buchhalterischer Missstand behoben werden. (cra)

Kantonsrat ist beunruhigt über den Investitionsstau

Der Rat genehmigt die Rechnung, die mit einem Überschuss von 148 Millionen Franken abschliesst, oppositionslos.

Urs Moser

Die Staatsrechnung 2022 schloss mit einem Überschuss von 148 Millionen Franken ab, 156 Millionen besser als budgetiert. Das ist ein Rekordergebnis, entsprechend gab es im Kantonsrat nichts am Abschluss auszusetzen. Selbst von der Seite nicht, die immer wieder die starke Abhängigkeit des Kantons von den Beiträgen aus Bern kritisiert: Während für das laufende Jahr hauptsächlich wegen der ausbleibenden Gewinnausschüttung der Nationalbank ein Defizit von 90 Millionen Franken budgetiert werden musste, hätte es in der Staatsrechnung 2022 auch ohne die Millionen der Nationalbank noch für ein Plus gereicht.

Der Kanton steht im Moment auch für die absehbaren schwierigeren Zeiten noch mit einem soliden Polster da, das Eigenkapital hat sich im vergangenen Jahr auf 700 Millionen Franken erhöht. «Ein gesundes Fundament für die Zukunft»,

konstatierte FDP-Finanzpolitiker Christian Thalman (Breitenbach). Lobenswert zu erwähnen für ihn auch: Das Pensenswachstum in der Verwaltung blieb mit 0,3 Prozent für einmal hinter dem Bevölkerungswachstum zurück.

Vor einem Jahr habe man sich apokalyptische Szenarien von drohenden Steuererhöhungen anhören müssen, erinnerte sich Fabian Gloor (Mitte, Oensingen). Wenn nun aus den gleichen Kreisen gleich Steuerensenkungen im gleichen Umfang verlangt würden, sei das nur noch Populismus, eine solide Finanz- und Steuerpolitik sei auf Kontinuität auszurichten.

Tiefes Investitionsvolumen gibt zu denken

Ein Seitenhieb an die Adresse der SVP, deren finanzpolitischer Sprecher Richard Aschberger (Grenchen) nicht gerade explizit sofortige Steuerensenkungen einforderte, aber betonte, der Dank für den guten Rechnungsabschluss gebühre

in der Tat in erster Linie den Steuerzahlern und Unternehmen im Kanton.

Mit Aschberger wies unter anderem auch Heinz Flück (Grüne, Solothurn) auf einen heiklen Punkt hin: Neben höheren Steuererträgen sind die soliden Kennzahlen unter anderem auch dem unterdurchschnittlichen Investitionsvolumen mit einem weit unter dem Durchschnitt früherer Jahre liegenden Realisierungsgrad der budgetierten Investitionen zu verdanken.

Hier droht die Gefahr, dass der Finanztanker eine Bugwelle vor sich herschiebt, die eines Tages mit üblen Folgen über den Kanton hereinbricht. Wobei: Gerade hier liegt auch eine gewisse Hoffnung, dass die wieder tiefroten Zahlen im Finanzplan für die kommenden Jahre (wie meistens) ein doch allzu düsteres Bild zeichnen. Wie realistisch die Annahme doppelt so hoher Investitionen ist, sei doch zu hinterfragen, meinte Simon Bürki (SP, Biberist).

Streit um Kaderlöhne nur ein Sturm im Wasserglas?

Mehrheit des Kantonsrats hat kein Problem mit «geheimen» Beschlüssen der Regierung.

Urs Moser

Die Überprüfung der Strukturen des Gesamtarbeitsvertrags für das Staatspersonal und die Unterstellung von Verwaltungskadern unter ein separates Kaderreglement ausserhalb des Gesamtarbeitsvertrags ziehen sich hin. Was der Regierungsrat schon einmal beschlossen hat: Die Lohneinreihung von ausgesuchten Topkadern soll überprüft und deren Lohn gegebenenfalls rückwirkend auf den 1. Januar angepasst werden. Ein Lohnvergleich hatte ergeben, dass andere Kantone ihren Topleuten in der Verwaltung rund zehn Prozent mehr zahlen.

Die SVP witterte einen Skandal: zum einen, weil der entsprechende Regierungsbeschluss überhaupt erst durch ein Aktenherausgabegesuch ihres Kantonsrats Rémy Wyssmann (Kriegstetten) bekannt wurde. Zum anderen, weil hier an der Budgethoheit des Kantonsrats vollendete Tatsachen geschaf-

fen werden sollen, und schliesslich auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung des Staatspersonals.

In Lohnklasse 24 und höher, wo der Regierungsrat für die Einreihung zuständig ist, sind 175 Mitarbeitende der Verwaltung eingeteilt. Zur Debatte steht aber nur der Lohn einer ausgesuchten Gruppe von 36 Topkadern, die direkt der Regierung unterstellt sind. Eine kleine Kaste innerhalb der Verwaltung könne sich faktisch einfach aus der Staatskasse bedienen, witterte Wyssmann im Februar in dieser Zeitung.

Kaum jemand im Rat sieht ein Problem

Aber er blieb am Mittwoch im Kantonsrat allein auf weiter Flur, niemand wollte sich am Vorgehen der Regierung stören. Hier gehe es nur um die politische Profilierung, nicht um die Aufdeckung eines Missstands, meinte Stefan Hug (SP, Zuchwil). Über die Reihenfolge (zuerst Lohnfrage klären, dann das

Kaderreglement) könne man vielleicht streiten, aber grundsätzlich tue der Kanton gut daran, sein Personal im interkantonalen Vergleich gut zu bezahlen, so Daniel Urech (Grüne, Dornach).

Und wichtig: Anders als im Vorstoss der SVP suggeriert, seien keinesfalls schon Lohnerhöhungen beschlossen beziehungsweise verbindlich zugesichert worden. Unter diesem Aspekt sah auch Daniel Probst (FDP, Olten) kein Problem mit dem Vorgehen der Regierung. Es sei wichtig und richtig, dass sie sich Gedanken dazu macht, wie man die Leute in Schlüsselpositionen beim Kanton halten kann.

Nur in einem Punkt gab es auch Kritik von ausserhalb der SVP: Dass eine Lohnerhöhung für Kaderleute der Verwaltung gegebenenfalls rückwirkend erfolgen soll, sei fragwürdig, so Patrick Schlatter (Mitte, Oberdorf). Das erschliesse sich ihm tatsächlich auch nicht ganz, meinte auch SP-Sprecher Hug.